

Inserate werden angenommen in Polen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstr. 17, Gal. Ad. Schles, Hofstifterant, Gr. Gerber- u. Breitestr. Ede, also Pfeisch, in Firma J. Lemann, Wilhelmsplatz 8.

Berantwortliche Redakteure: für den innerpolitischen Theil: F. Hachfeld, für den übrigen redaktionellen Theil: E. R. Liebscher, beide in Polen.

Die "Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal, an Sonn- und Feiertagen folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Polen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Nr. 73

Posener Zeitung

Hundertunderster Jahrgang.

Dienstag, 30. Januar.

Inserate werden angenommen in den Städten der Provinz Polen, bei unseren Agenturen ferner bei den Annencon-Expeditionen auf Polen, Hasenstein & Sohn & Co., Invalidenort.

Berantwortlich für den Inseratentheil: F. Klugkist in Polen. Fernsprecher: Nr. 102.

Inserate, die sich gesetzte Petitionen über deren Raum in der Morgenaugabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bewegter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenaugabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

37. Sitzung vom 29. Januar, 1 Uhr.
(Nachdruck nur nach Ueberrechtschafftung erlaubt.)

Die Erklärung, betreffend die Verlängerung des bestehenden Handelsprovisoriums zwischen dem Reich und Spanien bis zum 31. März wird in dritter Lesung endgültig genehmigt.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die anderweitige Ordnung des Reichsfinanzwesens.

Reichsschatzsekretär Graf v. Posadowsky: Als die verbündeten Regierungen den Entwurf eines Finanzreformgesetzes einbrachten und zugleich damit drei Spezialsteuervorlagen hatten sie den lebhaften Wunsch, daß die Finanzreformvorlagen vor den übrigen Gesetzen zur Berathung gebracht werden. Der Beschluss des Reichstages, erst die Steuervorlagen und dann das Finanzreformgesetz zur Berathung zu stellen, war zunächst den verbündeten Regierungen höchst unerwünscht, jetzt aber glauben sie den Parteien, die nur aus taktischen Gründen für diese Behandlung gestimmt haben, dankbar sein zu können, denn es wurde dadurch den Einzelstaaten Gelegenheit gegeben, über dieses Finanzgesetz zu verhandeln. Die diesen Beschluss herbeigeführt haben, haben es zwar böse gemeint, aber der Erfolg ist für uns ein guter und günstiger gewesen. Das Reich ist auf eigene Einnahmen angewiesen, die Reichsfinanzen müssen so eingerichtet werden, daß sie nicht mehr Schwankungen in den Etats der Einzelstaaten verursachen und dem Gedanken der Reichsverfassung Rechnung tragen, wonach die Matrikularbeiträfte nur ein Nothbehelf sein sollen. Gegenüber diesem Gesetzentwurf steht es drei Gruppen. Zunächst diejenige Gruppe, die die Reform nicht durch indirekte, sondern durch direkte Reichsteuern erfordert. Damit will ich mich hier nicht beschäftigen, weil das Problem der Reichseinheitssteuer nicht realisierbar ist. Die zweite Gruppe erkennt die sachliche Notwendigkeit und Berechtigung der Reform an, wie das ja auch im Besonderen im preußischen Abgeordnetenhaus erklärt worden ist, aber sie hält den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet dazu. Über diese Frage werden wir im Laufe der Debatte und in der Kommission verhandeln. Die dritte Gruppe steht offen der Finanzreform im gegenwärtigen Moment sympathisch gegenüber, will aber theils andere Steuern, theils eine Modifikation der vorgelegten haben. Redner führt nunmehr bezüglich der einzelnen sonst gemachten Steuervorschläge aus: Die Börse könne allerdings mehr geben als bisher, aber sie sei ein wirtschaftlich notwendiges Institut und man dürfe nicht, wie der Wilde, den Baum umschlagen, um die Früchte zu bekommen. Der Berliner Börse seien in erheblichem Umfange fremde Kapitalen anvertraut, bei einer Erhöhung der Umlaufsteuer würde das Geschäft nicht mehr lohnend sein. Eine ungemeine Steigerung der Belastung der Börse würde ungünstig auf Handel und Industrie wirken. Die Wehrsteuer sei an sich nicht gerecht, denn die Leute, die zum Militär untauglich seien, würden ohnehin schon im Erwerb beschränkt. Sie treffe überwiegend die ärmeren Klassen; außerdem ständen ihr steuerrechtliche Bedenken entgegen. Man habe auch Beseitigung der Liebesgabe gefordert. Ein klassisches Dokument für die Notlage der Landwirtschaft liege von einem Mann vor, dessen Gewissenhaftigkeit bekannt sei, und wenn er im Hause säße, auf der Linken sich befinden würde. Nach diesem Dokument seien in dem betreffenden Kreise von 126 selbständigen Gütsbesitzern seit 1881 42 durch Zwangsverlauf vom Gut geschieden, 9 standen vor diesem Ereignis, 27 hätten sich der Entscheidung durch Verkauf entzogen, nur 2,5 Prozent kämen vorwärts. Der Spiritus, der ohnehin mit über 200 Proz. seines Verfalls belastet sei, könne nicht weiter belastet werden. Dem Gedanken einer Inseratensteuer stehen die Regierungen an sich sympathisch gegenüber, aber wenn sie vorgeschlagen würde, würde sich die Presse einstimmig dagegen erheben, man würde die arme Witwe, die Zimmer vermieteten, das arme Mädchen, das Stellung suchte, ins Feld führen. Gegen die Erhöhung der Biersteuer würden sich die Bayern erheben. Ein gewichtiger Grund gegen unsere Steuervorschläge ist der, daß man sagt, sie würden in den Kreisen, die davon getroffen werden, Unzufriedenheit erregen. Solche Drohungen sind doch ein recht gefährliches Mittel, den Sozialdemokraten muß dabei das Herz im Leibe lachen, sie brauchen den Baum gar nicht zu schütteln, die Früchte fallen ihnen schon durch den Sturm der Parteien in den Schoß. Wir haben eine Menge freiwilliger Mitarbeiter. Fast kein Tag vergeht, an dem uns nicht ein neues Steuerprojekt überreicht würde. Bei einer Prüfung dieser Projekte stellt sich allerdings heraus, daß jeder das Einkommen seines Nachbarn besteuern will, nie sein eigenes. (Heiterkeit.) Das vorgelegte Gesetz will eine feste Relation zwischen Matrikularbeiträften und Ueberweisungen herstellen. Es will die Einzelstaaten gegen die Schwankungen der Einnahmen und Ausgaben des Reiches schützen, es will einen Reservefonds bilden aus den Ueberflüssen der letzten Jahre zu Gunsten der mageren, sodass wir in der Lage sind, die Fehlbeträge der mageren Jahre zu ergänzen. Man hat Bedenken mit Rücksicht auf die clausula Frankenstein und es ist bezeichnend, daß gerade diejenigen, die früher gegen diese Klausel gestimmt haben, jetzt für die Erhaltung derselben eintreten, während im Abgeordnetenhaus der Redner der Partei, aus deren Reihen die clausula Frankenstein seiner Zeit hervorgegangen ist, Bedenken nicht geäußert hat. Sobald die Ueberweisungen mit den Matrikularbeiträften sich decken oder die Matrikularbeiträfte die Ueberweisungen übersteigen, hat die clausula Frankenstein keinen Wert, denn ihr Gedanke war, daß nachdem die Einzelstaaten durch die Reichsgesetzgebung in ihrem Steuerrecht beschränkt wurden, sie einen Anteil zur Regulierung ihrer Finanzen an den Einnahmen des Reiches haben sollten. Daraufhin haben die Einzelstaaten erhebliche Entlastungen eintreten lassen an Steuern einerseits und eine Anzahl neuer Staatsausgaben andererseits vorgenommen. Bis jetzt sind nach Abzug der neu bewilligten Steuern in den Einzelstaaten 259 000 000 Mark an Steuern erlassen worden. Gegenwärtig beträgt dieser Erlös jährlich 42 1/2 Millionen, also fast genau die Zahl, die wir in dem Finanzreformgesetz an Ueberweisungen haben. Wir wollen nicht die clausula Frankenstein aufheben, sondern nur den Ertrag der Einzelstaaten aus derselben pauschalieren. Es ist so dargestellt worden, als ob dieses

Finanzgesetz für die Einzelstaaten eine socieatas leonina mit dem Reich wäre, als ob wir, da in den nächsten Jahren die Mehrerinnahmen des Reiches um 98 Millionen steigen würden, den Einzelstaaten dieselben gegen ein Einsengericht ablaufen wollten. Die Finanzminister der Einzelstaaten haben sich die Sache sehr überlegt, und alle stehen auf dem Standpunkt, daß der Sperrling in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dache, daß ihnen ein geringerer sicherer Betrag lieber ist als größere, aber unsichere Einnahmen. Und die Finanzminister der Einzelstaaten sind doch nicht so harmlos; der preußische Finanzminister hat sich diese Frage wohl sehr genau überlegt. Der zehnjährige Durchschnitt der Ueberweisungen seit 1892/93 beträgt 48,6 Millionen, also nur acht Millionen mehr, als wir nun fest überweisen wollen. Sollte die Mehrheit aber auch um diesen Betrag die Ueberweisung erhöhen wollen, so wird die Regierung, wenn der Weg zu den Uebernahmen gezeigt wird, darüber gern verhandeln. Es ist uns ferner suppeditirt worden, als ob wir eine geheime Schatzkammer, eine Art Justizthurm für Heer und Marine einrichten wollten. Steht denn nicht dem Reichstage das Ausgabe-Bewilligungsrecht zu? Dürfen denn die verbündeten Regierungen auch nur einen Thaler ausgeben ohne Genehmigung des Reichstages? Das Palladium des Budgetrechts des Reichstages liegt in seinem Ausgabe-Bewilligungsrecht. Der Reichstag bewilligt doch nicht Ausgaben, um der Regierung einen Gefallen zu thun, sondern weil die Ausgaben nothwendig sind, und so war es auch bei der Militärvorlage. Wie darin eine Beschränkung des Budgetrechts des Reichstages liegt soll, daß wir weniger Matrikularbeiträfte erheben wollen, ist nicht einzusehen; das ist doch vielmehr eine Beschränkung des Ausgabe-rechts der Regierung. Man verlangt so oft die Schaffung eines selbständigen verantwortlichen Reichsfinanzministers. Im Interesse der Reichsfinanzen wäre es ja außerordentlich erwünscht, der etwas molluskenhaften Gestalt der Reichsfinanzverwaltung ein festes Rückgrat zu geben. Aber gegen die Einführung des verantwortlichen Reichsfinanzministers liegen doch verfassungsmäßige Bedenken vor: die Trauben hängen zu hoch und werden nicht gerippt. Man fragt: Wozu die ganze Reform, wozu das Aufschließen eines neuen Geldkranks, wenn wir kein Geld zur Füllung haben. Für diejenigen, die uns neue Einnahmen ganz verjagen wollen, trifft das wohl zu, nicht aber für die diejenigen, die mit uns auf dem Standpunkte siehen, daß eine Scheidung zwischen den Finanzen des Reiches und der Einzelstaaten nothwendig ist. Die Regierung meint, daß dieses Finanzgesetz eine weise haushaltliche Maßregel und ein nothwendiger Regulator für die Reichsfinanzverwaltung überhaupt ist.

Abg. Dr. Lieber (Ctr.): Im Auftrage meiner politischen Freunde und in ihrem Namen gebe ich folgende Erklärung ab: Meine politischen Freunde stehen nach wie vor auf dem Boden der Frankensteinischen Klausel und hegen den dringenden Wunsch, daß dieselbe nicht nur in ihrer staatsrechtlichen Bedeutung für das Reich und den Reichstag, sondern auch möglichst in ihrer finanziellen Bedeutung für die Einzelstaaten erhalten bleibe. Wir verleugnen nicht, daß die Grundgedanken der Finanzreform in dem Streben, den Einzelstaaten Überschüsse durch Ueberweisungen zu gewährleisten, in der Richtung der beiden Grundgedanken der Frankensteinischen Klausel sich bewegen, aber wir halten, von Bedenken gegen einzelne Steuervorlagen abgesehen, den gegenwärtigen Augenblick für nicht geeignet zur Durchführung einer solchen Reform. Die Finanzreform, bei welcher zudem eine Regelung des Reichsschuldenwesens und für die Einzelstaaten eine regelmäßige Schuldenabteilung ins Auge zu fassen ist, ist in diesem Umfang ohne wesentliche Erhöhung der indirekten Steuern nicht durchführbar. Eine solche Erhöhung erscheint aber bei den barniederländischen Erwerbs- und Wirtschaftsverhältnissen für alle Verlustzweige, namentlich der Mittelstände in Landwirtschaft und Gewerbe, um so bedenklicher, als vorwiegend die minder bemittelten Volksklassen die Lasten tragen müssen, die schon jetzt mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Dabei fällt ins Gewicht, daß die vorgeschlagenen Steuervorlagen, die zur Vermehrung der Reichseinnahmen in Aussicht genommen sind, uns in der Hauptsache als nicht geeignet erscheinen, ohne daß dem Anwachsen der indirekten Steuern im Reiche entsprechend eine Ausbildung der direkten Steuern in den Einzelstaaten, insbesondere der Vermögens- und Einkommenssteuer, folgt. Wenn die verbündeten Regierungen eine Kommissionsberatung wünschen, werden wir einer solchen nicht widersprechen. Wir befinden uns im vollsten Gegensatz zu der Ansicht, die Matrikularbeiträfte seien ein Nothbehelf, bis das Reich eigene Einnahmen habe. (Zustimmung im Centrum.) Von jeher hat das Centrum betont, die Matrikularbeiträfte seien das nothwendige Mittel zur Aufrechterhaltung des Föderalismus. (Sehr wahr! im Centrum.) Es ist gar nicht abzusehen, zu welchen Erschütterungen des Verfassungsbildes die Aufhebung der clausula Frankenstein führen würde. Der Nutzen der Frankensteinischen Klausel wird in weiten Kreisen mehr oder weniger verkannt. Im Jahre 1879 wurde von Seiten des Centrums erklärt, daß die Reichstempelabgabe unannehmbare wäre ohne die Frankensteinische Klausel. Die ausgesprochene Absicht der Väter der Klausel war, eine Entlastung der Einzelstaaten herzuführen. Das wurde auch von den Geatern anerkannt. Diese finanzpolitische Seite kam Ende der 80er Jahre mehr und mehr in den Hintergrund. Meine politischen Freunde haben schon damals betont, daß man nicht weiter gehen darf mit der indirekten Besteuerung. Die Tabaksteuer und Weinsteuer sind in der gegenwärtigen Form für uns nicht annehmbar. Nach dem Widerspruch des württembergischen Ministerpräsidenten wäre es gut gethan gewesen, wenn man die Weinsteuer überhaupt nicht eingeführt hätte, und ich weiß nicht, ob meine politischen Freunde, die an sich der Besteuerung des Schaum- und Kunswineins geneigt waren, jetzt nach diesem hochpolitischen Vorgang dazu im Rahmen der Reichsgesetzgebung noch bereit sein werden. Mit großem Nachdruck müssen wir verlangen, daß eine sparsamere Finanzwirtschaft begonnen wird und Abstriche im Etat vorgenommen werden. Die Regierungen haben uns die Finanzreform annehmbar machen wollen dadurch, daß sie nur auf fünf Jahre gelten soll. Das Gegenheil ist der Fall. Ich schließe mit dem Wunsche, unsere

Verhandlungen über diese Sache mögen geführt werden zum allgemeinen Wohl. (Beifall im Centrum.)

Abg. Rickert (Fris. Ver.): Wir werden unter keinen Umständen das Finanzreformgesetz annehmen. Minister Miguel wird heute wohl auch zugeben müssen, daß die Vorlage bearbeitet ist. Dem Verlangen des Abg. Lieber, daß Abstriche am Etat vorgenommen werden müssen, stimme auch ich zu. Wir werden hier Arm in Arm mit dem Grafen Bismarck gehen, der die Finanzwirtschaft im Reich ovalent nannte. Ich bedauere die Verknüpfung der Frage der Deckung der Kosten der Militärvorlage mit der sog. Finanzreform. Wir werden unser Vertröcken halten und gegen alle Steuern stimmen, die die schwächeren Schultern belasten. Die Regierung hätte die Pflicht gehabt, im Interesse ihres eigenen Ansehens sich vorher zu vergewissern, ob sie nicht wenigstens eine annehmbare Stimmenzahl für ihre Vorschläge vereinigen kann. Umso mehr hätte sie das thun müssen, als sie jetzt nach Annahme der Militärvorlage weit mehr fordert, als zur Deckung nothwendig ist. Das war ein schwerer politischer Fehler. Ich will keine Finanzreform in Verbindung mit einer Deckung der Heeresausgaben, ich will sie für sich allein haben. Wir halten die Matrikularbeiträfte für keine Nothwendigkeit, wir streben eine verfassungsmäßige Garantie für eine bewegliche Steuer an. Wir werden nicht eher für die Beseitigung der Matrikularbeiträfte stimmen, bevor nicht das konstitutionelle Ventil einer beweglichen Steuer eingeführt ist. Die vorgeschlagene Finanzreform ist eine künftige Wache. Wenn man auf die Brücke dieser Vorlage tritt, so sind die Matrikularbeiträfte nach fünf Jahren tot, das möchte ich den Herren vom Centrum zu bedenken geben. Es ist nur eine Sache der Höflichkeit, die Vorlage an eine Kommission zu verweisen, denn sie bleibt dort auch bearbeiten und ich wünschte, daß die Vorlage gleich im Plenum erledigt wird und zwar, nachdem die Steuervorlagen zu Ende berathen sind. Daß die Einnahmen des Reichs aus Böllen und Verbrauchsabgaben in den nächsten Jahren steigen werden, hat ja die Regierung selbst zugegeben; man kann also diese Einnahmen nicht die Taube auf dem Dache nennen. Ich glaube, daß die Einzelstaaten in den nächsten Jahren mehr als 40 Millionen überwiegen bekommen werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse bewegen sich in aufsteigender Richtung. Im preußischen Etat ist das Defizit nur ein rechnungsmäßiges. Der Reichsschatzsekretär hat sich über die wohlwollende Aufnahme der Finanzreform in den Einzelstaaten gefreut. Das war aber nur in Preußen der Fall. Warum hat er nicht Baden und Bayern erwähnt, wo die Haltung nicht eine so freundliche war? In Württemberg haben sich die Freunde des preußischen Finanzministers, dieses Lieblings der preußischen Agrarier, die deutsche Partei, gegen die Finanzreform und für eine Reichseinheitssteuer ausgesprochen. Der Reichsschatzsekretär hat sich zum Beweise für die Aufrechterhaltung der Liebesgabe auf einen Mann angeblich von liberaler Richtung berufen. Auf einen mir ungekannten Mann kann ich nichts geben. Machen wir doch eine Statistik über die Verhältnisse der Landwirthe auf, welche von einer verbürgt unparteiischen Kommission vorzunehmen ist. Werden die Landwirthe aber dann nicht schreien, wenn in ihre Verhältnisse eingedrungen werden soll? (Widerspruch rechts.) Daß die Vorlage zu einer Stärkung der Reichs-Finanzverwaltung führen wird, ist für mich nicht einleuchtend. Für mich ist die Vorlage aus finanztechnischen, konstitutionellen und sonstigen Gründen unannehmbar. Besonders müssen wir verlangen, daß die Kosten der Heeresvorlage von dieser Reform getrennt werden. Seiner Zeit haben die reichen Leute die Verpflichtung anerkannt, daß die Kosten von den leistungsfähigen Schultern getragen werden, und auch nur unter diesem Gesichtspunkte ist die Militärvorlage angenommen worden. Möge der Reichstag dafür sorgen, daß diese Garantie innegehalten werde.

Preußischer Finanzminister Dr. Miguel. Herr Rickert sollte wissen, daß im preußischen Abgeordnetenhaus nicht blos die Agrarier, sondern alle Parteien mit Ausnahme der freisinnigen sich grundsätzlich für die Nothwendigkeit einer Auseinandersetzung des Reiches und der Einzelstaaten erklärten. Abg. Lieber behandelte die Frage nur vom Standpunkte der Opportunität. Wenn die Vorlage wirklich tot ist, warum hat denn Herr Rickert so eingehend über sie gesprochen? Warum wollte er den Todten noch tödten machen? (Heiterkeit.) Es ist die einstimmige Anschauung aller verbündeten Regierungen, daß sich die Einzelregierungen bei der Ablehnung der Reichsfinanzreform nicht besser stehen, und Herr Rickert wird es nicht unhöflich finden, wenn die Autorität des Finanzministers der Einzelregierungen höher stelle als die seines Heiterkeits. Wir sollten, so hält man uns immer entgegen, vor der Enbringung der Vorlage mit den Parteien oder einzelnen hervorragenden Männern Fühlung nehmen. Aber den Kandidaten verschiedener Parteien ist ja bei den Wahlen aus den Volksmassen entgegengerufen worden: warum macht ihr nicht die Weinsteuer? Das natürliche Gefühl im Volk geht eben dahin, daß nach Besteuerung aller Verbrauchsartikel auch der Wein herangezogen werden muß. Ich kann dem Abg. Rickert privat und vertraulich Männer aus fast allen Parteien nennen, die sich vorher mit unseren Plänen einverstanden erklärt haben. Heute allerdings, nachdem man in der Agitation den Weinbauern weiss gemacht hat, sie trugen die Lasten, nicht die Konsumanten, liegt die Sache anders. Man hat gemeint, die Einzelstaaten sollten erst die direkten Steuern reformiren und dann sollte eine Reichsfinanzreform angebahnt werden. Können und sollen wir mittelst der Reichsgefegeburg einen Zwang auf die Einzelstaaten ausüben in der Richtung einer bestimmten Gestaltung ihres Steuersystems? Und wie lange sollen wir im Reich warten mit der Ordnung unseres Finanzwesens? Welches Unrecht würde man den Einzelstaaten thun, die ihr Finanzsystem reorganisiert haben? Im Reich können wir den unmöglichen Versuch, ein bewegliches Steuersystem einzuführen, nicht machen; man muß es den Einzelstaaten, wo es praktisch durchführbar ist, überlassen. Die verbündeten Regierungen wußten sehr wohl, wie ungünstig der gegenwärtige Augenblick für eine solche Reform ist. Aber sie haben sich die Frage vorgelegt, welche Garantie haben wir denn, daß es in Zukunft besser wird? Wenn wir in einer aufsteigenden Linie wären und die Ueberweisungen die Matrikulumlagen noch übersteigen, dann wäre die

Sache nicht dringend. Wir werden aber in kurzer Zeit eine Steigerung von rund 60 Millionen Matrikularumlagen haben, und diese Steigerung wird wahrscheinlich fortduern. Ich bin gern bereit, in der Kommission darüber Aufschluß zu geben. Die Lage wird sich mit jedem Jahre schwieriger gestalten, denn nach der ganzen historischen Entwicklung unseres Finanzwesens im Reich, nach Maßgabe des Inhalts der Reichsverfassung, nach der föderativen Struktur unserer Staatenbildung müssen die Einnahmeverluste in Ausgabenerweiterung durch das Reich gedeckt werden. Geschieht dies durch vermehrte Matrikularumlagen, so werden die Einzelstaaten zu einer Erhöhung der direkten Steuern greifen müssen, und dann haben wir den peinlichen Zustand, daß die Einzelstaaten das Reich nicht als Wohltäter, sondern als Feind ansehen. Was nicht die Frankensteinische Klaue, wenn die Matrikularbeiträge die Ueberweisungen überschreiten? Wir wollen nun den Einzelstaaten die Garantie einer möglichen freien Ueberweisung geben. 1887 und schon vorher wurden nur unter dem Gesichtspunkt die Mehrerinnahmen für das Reich bewilligt, daß auch die Einzelstaaten daran teilnehmen sollten. Das ist jetzt dahin und wird auch in Zukunft dabin sein ohne wesentliche Vermehrung der Reichseinnahmen.

Es sind also jetzt gerade die verbündeten Regierungen, die den eigentlichen Gedanken der Frankensteinischen Klaue vertreten. (Lachen links.) Gewiß, denn der entscheidende Gedanke jener Klaue I bestand in der Mehrüberweisung gegenüber den Matrikularbeiträgen. Wenn wir nun in der Finanzreform die Matrikularbeiträge nicht ganz abschaffen, sondern den „automatischen“ Weg wählen, wie man es genannt hat, daß wir die Matrikularbeiträge in ein bestimmtes Verhältnis zu den Ueberweisungen setzen, so haben wir alles gethan, um die Hilfe des Centrums zu erhalten. Die 40 Millionen, die wir über die Kosten der Heeresvorlage hinaus mehr verlangen, lassen sich von der Reform absolut nicht trennen; einen Steuervorfall schaffen, wie der Abg. Richter meint, wollen wir nicht. Aber welche Gefahr entsteht, wenn ich nicht blos meine eigenen paraten Mittel verbrauche, sondern auch die paraten Mittel anderer, und das sind die Matrikularbeiträge? Das ist ja viel schlimmer als allgemeine Fonds und überschüssige Steuern. Haben denn diejenigen, die die Ueberweisungen im Reich bewilligen und damit die Verantwortlichkeit haben für die Bewilligung neuer Einnahmen, irgend welchen Einfluß auf die Art der Aufbringung der Matrikularbeiträge in den Einzelstaaten? Wir haben jetzt einen autodidaktischen Zustand, auf welchen die Grundlage eines modernen Reiches auf die Dauer nicht gestellt werden kann. Für das Reich ist der Zustand bequem, aber gefährlich, für ganz Deutschland doppelt gefährlich, für die Einzelstaaten auf die Dauer unhaltbar. Obwohl die Reichsverfassung dem Reich und den Einzelstaaten getrennte Aufgaben und folglich auch bestimmte Ausgaben zugewiesen hat, und obwohl es das Ziel sein muß, damit das Finanzwesen in Einklang zu bringen, hat der Reichstag in einer falschen Weise die Vertheilung der Lasten zwischen Reich und Einzelstaaten vorgenommen. Die Einzelstaaten müssen und können sich darin finden, weil sie wissen, was sie zu zahlen haben, sie müssen danach die Steuern einrichten, ihre Aufgaben beschränken, Kulturaufgaben zurückstehen. Im Hinblick auf die Schwankungen in den Ueberweisungen kann Niemand, der auch nur ein latentes Verständnis von der Finanzverwaltung hat, behaupten, daß dabei eine geordnete Finanzwirtschaft in den Einzelstaaten möglich ist. Ich behaupte das auch beurtheilen zu können und muß sagen, daß allgemein in ganz Deutschland das Gefühl dabin geht: so kann der Zustand auf die Dauer nicht bleiben. (Zustimmung.) Wir vertreten in dieser Beziehung die öffentliche Meinung, und warten Sie nur ab, wenn man die Folgen in der steigenden Besteuerung der Einzelstaaten fühlt, dann wird diese Frage brennend werden. Gewiß haben sich die verbündeten Regierungen gefragt, ob eine solche grundlegende Regelung in der gegenwärtigen Zeit gelingen kann, aber sie waren sich auch klar, daß sie ihre Pflichten gegen die Einzelstaaten und das Reich versäumen würden, wenn sie nicht ihrerseits auf die schweren Schäden in ihrem Finanzwesen hinzuwirken, den Finger auf die Wunde legten und einen Weg zeigten, um zum Ziel zu gelangen. Die verbündeten Regierungen haben ihre Pflicht gethan; sie können die Ablehnung der Vorlage nicht verhindern. Sie tragen dann aber wenigstens nicht die Verantwortung (Sehr richtig! rechts), und wir wollen abwarten, ob, wenn die Vorlage heute abgelehnt wird, sie dann für immer tot ist. Sie wird wieder aufleben und schließlich zur Annahme gelangen müssen, weil sie eine politische und finanzielle Notwendigkeit ist. Angefangen ist der Zustand in unserem Finanzwesen nützen für einen praktischen Finanzmann retrospective Betrachtungen garnichts. Wir leben doch in der Welt der That-sachen. That-sächliche Bedürfnisse sind vorhanden. Die Zustände haben sich in den Einzelstaaten geändert, und die Vertretung des Deutschen Reichs kann die Lage der Einzelstaaten nicht ignorieren; denn das Reich würde nichts sein, wenn es dauernd in Gegenfahrt zu den Einzelstaaten sich stelle. Diese Gefahr liegt aber in dem jetzigen Finanzzustande vor. Auf die Stellung des Reiches zu den Einzelstaaten muß es ungünstig einwirken, wenn die Finanzminister der Einzelstaaten nach Berlin seien und fragen: was wird aus unseren Finanzen? Unsere Vorlage bestimmt über alle Mehrerinnahmen. Nachdem vorher 40 Millionen an die Einzelstaaten bezahlt sind, wird der Ausgleichsfonds bewilligt. Neben ihm bestimmt das Gesetz. Was bleibt übrig von „Steuern auf Vorfall“? Nach dieser Richtung ist so scharf vorgegeben, daß eigentlich die Reichsverwaltung ihrerseits Bedenken gegen das Gesetz haben müßte, da notwendige und nützliche Aufgaben verhindert werden könnten. Der Versuch, die Bölle beweglich zu machen, ist in England gescheitert, die Einführung der direkten Steuern im Reich ist unmöglich, das hierauf abzielende Programm sieht zwar sehr wohlwollend aus, ist aber nichts als ein verbrämtes „Nein“. Wenn man nur die Kosten der Militärvorlage decken will, dann wird gegenwärtig nach meiner persönlichen Auffassung die Reichssteuerreform schwer möglich sein. Dagegen glaube ich nicht, daß die verbündeten Regierungen eine Reichssteuerreform nur dann für möglich halten, wenn gerade 40 Millionen den Einzelstaaten überwiesen werden. Denn die Sicherung für die zukünftige Entwicklung unseres Finanzwesens ist vielleicht für die verbündeten Regierungen so bedeutsam, daß sie darauf einen höheren Werth legen als auf eine bestimmte Ueberweisungssumme. Sie müssen die Vorlage doch annehmen, wenn nicht heute, so morgen; sie wird wiederkommen ohne Zweifel, und ich sehe den Zeitpunkt kommen, wo sie der Reichstag selbst verlangen wird (Lachen links), oder sie verlangen muß. Ein Gesetz selbst nur auf kurze Zeit aufzuschlieben, bereits dessen alle verbündeten Regierungen einig sind, das auf einer klaren Erfahrung beruht und Nebelstände abschneiden will, die sich noch immer vergroßern werden, ist eine verantwortliche Sache auch für Sie. (Burk links: Lösen Sie doch auf!) Ich spreche die Hoffnung aus, daß Ihre Beschlüsse das Vaterland, das Reich und die Einzelstaaten vor Schaden bewahren möge. (Beifall rechts.)

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (bl.): Eine Finanzwirtschaft, wie wir sie bisher gehabt haben, ist fernerhin nicht möglich, darüber herrscht Einverständniß. Weder der politische noch der finanzielle Zweck der Frankensteinischen Klaue wird unter den heutigen Zuständen, in denen die Matrikularbeiträge die Mehrüberweisungen übersteigen, erreicht. Der vorgelegte Entwurf ist lediglich eine andere Einleidung der Frankensteinischen Klaue. Eine Reichseinkommensteuer ist eine Unmöglichkeit, nachdem die direkten Steuern in den Einzelstaaten, namentlich in Preußen er-

höht worden sind. Die Einnahmen der Reichsbetriebsverwaltungen sind durchaus nicht so hoch, so z. B. schlägt die Post ihren ganzen Gewinn nur dadurch heraus, daß den Staatsbahnen eine Teil zu geringe Beförderungsgebühr bezahlt. Die Einsetzung eines Reichsfinanzministers steht im Widerspruch mit der Verfassung. Anderseits vermag aber der Reichstag keine wirkliche Kontrolle am Etat zu üben und er kann nicht genau wissen, welche neu geforderten Beamtenstellen oder Bauten überflüssig sind. Das Finanzreformgesetz wird dazu beitragen, daß die Kontrolle seitens der übrigen Finanzminister dieselbe sein wird wie seitens des preußischen Finanzministers. Ich verstehe die Haltung des Centrums; denn diese Vorlage ist das schärfste Compelle für Schaffung neuer Reichseinnahmen. Aber die Herren werden sich der Einsicht nicht verschließen können, daß neue Einnahmen notwendig werden. (Beifall rechts.)

Die Berathung wird nunmehr vertagt auf Dienstag 1 Uhr.
Schluß 4½ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 29. Jan. [Die Reichsfinanzreform.] Der letzte Akt des gekauften und quälenden Dramas der Reichsfinanzreform hat im Reichstage begonnen. Das Schauspiel wird tragisch enden, das weiß man schon jetzt, aber weder Furcht noch Mitleid wird die auf der Bühne zurückbleibende Leiche der Finanzreform erweden. Dazu ist die Sache nicht groß und kräftig genug angelegt und durchgeführt worden. Dieser Reformplan hat von Anfang an jedes Schwunges, jeder Eindringlichkeit entbehrt, wie sie nur ein logisch geschlossener Gedanke besitzen kann, und die Väter des mühsam aus kleiner Mosaik zusammengesetzten Werkes sind nur wegen einer einzigen Eigenschaft zu bewundern, wegen der Hoffnungsfreudigkeit nämlich, mit der sie glauben konnten, für eine solche Steuerreform eine Mehrheit im Reichstag zu bekommen. Das Mechanische, das immerhin in der jetzigen Ueberweisungstechnik vom Reich an die Einzelstaaten und von den Einzelstaaten an das Reich steckt, soll durch den Reichsfinanzplan, also einfach durch einen anderen, aber kaum schillernden Mechanismus, abgelöst werden. Eher noch ist die Ersatzmaschine schlechter als die bisher gebrauchte. Mindestens ist es doch noch nicht üblich, eine Finanzreform, die mit so großen Ansprüchen auftaucht, höchst behutsam und für fünf Jahre vorzuschlagen. Entweder ist der Reformgedanke an sich so tüchtig, durchschlagend und unabmeßbar, daß er dauernd verwirklicht werden kann, oder aber es wird mit der verlangten kurzen Probezeit von nur fünf Jahren zugegeben, daß die Sache wohl auch anders gemacht werden könnte und eigentlich müßte. So lockend es für die Finanzminister der Einzelstaaten sein würde, aus der jetzigen Wirtschaft herauszukommen und feste Ueberweisungen zu erhalten, so haben Finanz- und Steuerreformen nun einmal die unvertilgbare Eigenthümlichkeit, denjenigen, die die Steuern aufzwingen sollen, nur dann zu gefallen, wenn sie von dem unbefangenen Empfunden als gerecht betrachtet werden. Über die letzten Ziele des Reichsfinanzplans ließe sich trotz aller seiner Mängel ja reden, wosfern nur die Mittel zum Zweck geeigneter wären. Es liegt durchaus nicht so, daß die meisten der vorgeschlagenen Steuern darum verworfen werden, weil etwa die Absicht besteht, den Reichsfinanzplan an und für sich unter den Tisch fallen zu lassen. Vielmehr würde dieser Plan weit günstigere Aussichten als jetzt haben, wenn die Tabakfabrikatsteuer und die Weinsteuer durch andere Vorlagen ersetzt wären. Wie jetzt verschwiegen worden ist, entsteht eine böse Zwickmühle. Die Reichstagsmehrheit spricht sich gegen den Reichsfinanzplan aus, weil die mögliche Zustimmung von den geschickten Dialektikern am Bundesratstisch als Zustimmung auch zu den einzelnen Steuerentwürfen ausgelegt werden könnte. Hauptfächlich also durch diese Einzelvorlagen schädigen die verbündeten Regierungen einen Plan, der trotz seiner Unfechbarkeit doch ein freundlicheres Schicksal zu gewähren gehabt hätte, wäre nicht die fast unvollständig fiskalischer Vorlagen auf das leicht gezierte Schifflein gepackt worden. So bestimmt die Erklärung des Herrn Lieber namens des Centrums gelautet hat, so konnte man diesem Nein doch anmerken, daß die Möglichkeit eines Ja an seiner Stelle dem ausschlaggebenden Centrum willkommen gewesen wäre, wenn nicht eben die baare Unmöglichkeit vorlage, Tabakfabrikatsteuer und Weinsteuer anzunehmen. Gerade die Spuren eines durch die Fehler der Reichsfinanzpolitik in das Gegenteil umgekehrten Entgegenkommens beweisen, daß diese vielberufene Reform durchaus nicht mit der weithinreichenden Initiative erfaßt worden ist, die sich die Vertreter der Reichsfinanzpolitik so gern zuschreiben lassen. Herr Miquel will ja der alleinige Vater des Reformplans nicht sein, und es ist jetzt auch ziemlich gleichgültig, den Anteil der einzelnen Mitarbeiter an dem Werke zu untersuchen. Je größer die Zahl dieser Mitarbeiter ist, desto schwieriger jedenfalls wird es der Reichspolitik, noch genauer gesagt dem Reichskanzler, werden, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß der Reichstag es an Einsicht bei der Verwerfung des Planes fehlt. Giebt es doch keine einzige Partei, in der auch nur die Hälfte, geschweige denn die Mehrheit, für die Steuervorlagen zu haben wäre. Sowohl die Redede des Schäfer als wie die des Herrn Miquel ist um den Kernpunkt der Frage herumgegangen. Graf Posadowsky hat lang und breit gegen die anderweitigen, in der Offenlichkeit gemachten Vorschläge zum Ersatz der Tabak- und der Weinsteuer gesprochen, und der rothe Faden seiner Dialektik war, daß sowohl die Tabak- wie die Weinsteuer darum im schönsten Glanz estrahlen, weil jene andern Vorschläge nichts taugen. Gesezt, die Gegenvorschläge taugten wirklich nichts, so ist es immer nur eine Erschleichung des Schlusses, wenn daraus gefolgert wird, daß die Vorlagen der verbündeten Regierungen gut seien. Herr Miquel glaubte gewiß, sehr wirksam zu sein, als er warnend ausrief, man möge nur erst die übeln Folgen der Verwerfung der Vorlage abwarten, und man werde dann selber nach diesem Reform-

plane rufen. Vielleicht kommt es wirklich so; vielleicht wird in den Einzelstaaten die gar nicht so schwere Kunst, einem Fehlbeitrage auszuweichen, nicht verstanden, und auch wenn sie, wie zu hoffen, verstanden wird, so wird es immer wünschenswert sein, daß das Reich und die Einzelstaaten sich finanziell auseinandersehen. Aber auch hier und gegenüber dieser Miquelschen Beweisführung muß man fragen, warum es denn durchaus die verfehlten jetzigen Steuervorlagen sein sollen, an deren Hand die allgemeine Finanzreform durchzuführen wäre. Keine einzige der bisher zur Vertheidigung der Reichssteuerreform gehaltenen Reden hat auf diese Frage antworten können.

Berlin, 29. Jan. [Vom Baron.] Über die Erkrankung des Barons liegen hier, soweit unsre mehrfachen Erkundigungen reichen, nirgends andere Nachrichten als die vom russischen offiziösen Draht verbreiteten vor. In der russischen Botschaft wurden Korrespondenten, die Genauereres erfahren wollten, auf die erwähnten Depeschen als ausreichende und zuverlässige Quelle verwiesen. Andere als diese Telegramme scheinen von der russischen Censur nicht durchgelassen worden zu sein, sodaß man auch in der Finanzwelt nichts Genaueres weiß. Im Allgemeinen ist man hier geneigt, die offiziöse Darstellung für zuverlässig zu halten. Ist es auch auffällig, daß die Erkrankung des Barons so schnell gemeldet wurde, so braucht der Entschluß dazu keineswegs durch einen besonders schlimmen Zustand des Patienten veranlaßt gewesen zu sein, sondern die sofortige Veröffentlichung konnte und sollte wohl den Zweck haben, der Verbreitung von allerlei dunklen Gerüchten über Vergiftungen, Attentate u. dergl. entgegenzuwirken. Wird doch sogar jetzt noch die Krankheit des Barons mit einer phantastischen Vergiftungsgeschichte, die kürzlich durch einige Blätter ging, in Verbindung gebracht, zweifellos ohne jede Spur von Grund.

— Der „Reichs-Anzeiger“ schreibt:

Vom 1. April 1895 ab soll die Verwaltung und der Betrieb der Staatsbahnen unter Oberleitung des Ministers unmittelbar von den königl. Eisenbahndirektionen wahrgenommen werden. Die selbständigen Verwaltungsbefugnisse der Betriebsämter gehen auf die Direktionen über. Die Betriebsämter werden als Behörde aufgehoben. Die den Eisenbahndirektionen in erhöhtem Maße zufallenden wichtigen Aufgaben machen eine entsprechende Verkleinerung der Direktionsbezirke notwendig, deren endgültige Abgrenzung noch der Erwaltung unterliegt. Zum Sitz der Ausführungsorgane sind in erster Reihe diejenigen Orte in Aussicht genommen, an welchen sich bisher Betriebsämter und Bauinspektionen befanden.

W. B. Breslau, 29. Jan. (Amtliches Wahlgericht.) Bei der am 25. d. Mts. im Reichstagswahlkreise Kreis Neustadt i. Schl. (Regierungsbezirk Oppeln 10) stattgehabten Reichstagswahl wurden insgesamt abgegeben 10 324 Stimmen. Davon entfielen auf Strzoda 7565 und auf Deloch 2746 Stimmen, ungültig 13 Stimmen. Strzoda ist mithin gewählt.

W. B. Frankfurt a. M., 29. Jan. Die Ausfuhr aus dem Distrikt des Generalkonsulats der Vereinigten Staaten in Frankfurt a. M. und den ihm unterstellten 17 Konkurrenzdistrikten betrug im 4. Quartal 1893 5 520 986 gegen 10 612 096 im gleichen Zeitraume des Jahres 1892, daher für 1893 weniger 5 091 110 Doll.

W. B. München, 29. Jan. (Abgeordnetenkammer.) In der fortgesetzten Debatte über den Eisenbahnetat trat der Referent v. Staffenberg für die Beseitigung der Staffelfarbe ein. Minister v. Grätzlsheim führte darauf aus, die bairische Regierung habe bei der preußischen wieder oft Schritte zur Beseitigung der Staffelfarbe gethan. Die preußische Regierung habe unter Zugrundelegung der Statistik der Jahre 1888 und 1890 geltend gemacht, die Staffelfarbe auf Getreide hätten auch Bayern beginntigt. Der Minister fügte hinzu, die Getreideausfuhr aus Bayern habe zugenommen, die Mehlausfuhr mindestens nicht abgenommen. Die Mehlausfuhr aus Norddeutschland nach Bayern sei zwar in Fortschreiten begriffen, habe aber die Höhe noch nicht erreicht, welche sie vor der Einführung der Staffelfarbe hatte. Die jüngste stattgefundenen Konferenz in Berlin habe vorerst ein praktisches Resultat nicht gebracht, es werde aber ein weiterer Meinungs austausch in einer Schlusskonferenz stattfinden. Die Kammer nahm schließlich einstimmig den Antrag des Ausschusses an, wonach die Regierung ersucht wird, in den Bemühungen zur Beseitigung der preußischen Staffelfarbe für Getreide und Mehlpulpa mit thunlichster Energie fortzufahren. — Der Landtag ist durch Botschaft des Prinzregenten bis zum 31. März verlängert.

Stadt-Theater.

Posen, 27. Januar. Zur Feier des Geburtstages Kaiser Wilhelms II. Jubel-Ouvertüre, „Der neue Herr“, Prolog mit Festspiel von Hans Reinhard, „Bopf und Schwert“, Historisches Lustspiel in 5 Aufzügen von Karl Gutzow.

Das Festspiel, mit welchem unser Stadttheater am Sonnabend die Kaiser-Geburtstage feiert, wurde durch einen langen Prolog der „Germania“ schwungvoll eingeleitet. Fr. Rosenthal sprach die zuweilen sonderbaren Verse mit Hingabe und Wärme. Der Prolog begrüßt Kaiser Wilhelm II. als den „Neuen Herrn“, welcher „uns wieder bringt den Tag von gestern“, er preist die landesväterliche Fürsorge des jugendlichen Monarchen für alle Stände und Klassen des Volkes und ruft die Nation zur Huldigung herbei. Es erscheinen hierauf die Vertreter der Wissenschaft, der Rector Magnificus mit den Studenten, die Schauspielkunst, Musik, Malerei und Plastik in ihren Vertretern, der Goldschmied, der Kunstmaler, der Tischler, Schlosser, Schneider, Schuhmacher, der Landwirt, der Kaufherr, ein Infanterie- und ein Marine-Offizier kommen und sie alle bringen dem Kaiser, dessen mit dem Lorbeerkrans gekrönte Büste im Hintergrunde der Bühne inmitten eines grünen Baum-Arrangements sich erhebt, ihre Huldigung dar. Mehr und mehr füllt dann die Bühne sich mit den Vertretern des Volkes. Deutschlands Jugend kommt, Kinder, Frauen, Studenten, Volk drängt herzu und nun tritt „Germania“, die so lange abseits gestanden wieder hervor und von Neuem kommt sie in tönen Strophen den Ruhm und die Ehre Kaiser Wilhelms des zweiten, sowie den Sieg der „Sitte“ in Deutsch-

land. Die Nationalhymne erklang und mit einer elektrisch beleuchteten Schlupfapotheose schloß die wirkungsvolle Scene ab. Das Festspiel war von Herrn Oberregisseur Herzmann auf das Sorgfältigste inszenirt worden. Die ersten Kräfte des Schauspiels waren in dem scenischen Prolog beschäftigt und brachten ihn zu einer schönen, starken Wirkung. Es war eine patriotische Feier.

Die zur Geburtstagsfeier des Deutschen Kaiser und Königs von Preußen trefflich geeignete Guzikow'sche Komödie "Bopf und Schwert" folgte dem patriotischen Festspiel. "Bopf und Schwert" gehört unzweifelhaft zu den besseren oder besten der deutschen Original-Lustspiele. Die bekannte Komödie veranschaulicht die Misere der kleinen deutschen Höfe und ihrer Diplomaten, die Schwächen und Vorzüge eines patriarchalisch-dynastischen Regiments, zeigt das Ringen des Gamaschen-regiments Friedrich Wilhelms I. mit dem Fortschritt und hat den pedantischen, kleinlich tyrannischen, aber in allen bürgerlichen Tugenden starken König Friedrich Wilhelm, Vater Friedrichs des Großen zum Helden. Herr Stein e g g., welcher die Rolle dieses Königs spielte, wußte nicht viel mit ihr anzufangen. Er gab einen seiner bekannten Polterer-Obersten, aber keinen König von Preußen. Herr Kratt, welcher den Erbprinzen spielte, hatte viele sehr hübsche Momente, doch machte sich eine gewisse Unsicherheit hier und da unliebsam bemerkbar. Recht gut war diesmal Herr Bender als General v. Grunckow. Herr Stein wußte den Weltmannston des seinen vielgewandten Ritter Hotham gut zu treffen. Recht charakteristisch gab Herr Voigt den Eversmann. Freilich that er beim Gebrauch seiner Schnupftabakdose des Guten zu viel. So oft, wie Herr Voigt glauben machen will, nimmt kein Mensch Priesen. Es ist eine physische Unmöglichkeit, daß Eversmann nach jedem dritten Wort Tabak schnupfen sollte. Fräulein Hohfeldt, welche die Gemahlin Friedrich Wilhelm I. spielte, kehrte die Königin, die stolze hannoversche Zeffin zu wenig heraus. Eine sehr anmutige Prinzessin Wilhelmine war Fräulein Rose und ganz in ihrem munter-naiven Fahrwasser gab Fräulein Wendt ein entzückend schelmisches Fräulein von Sonnenfeld. Auch die übrigen Rollen des Stükkes waren gut besetzt. Erwähnt sei noch der Eckhof des Herrn Herzmann und der Graf Wartensleben des Herrn Stahlerg. Die Inszenirung des Stükkes verdient Anerkennung. Die ganze Vorstellung nahm einen schönen, würdigen Verlauf.

Am Sonntag Abend wurde, wie ich höre, die bekannte Posse "Die schöne Ungarin" vor sehr gut besetztem Hause mit vielem Beifall aufgeführt. Besonders hat Herr Voigt in seiner Komikerrolle dem Publikum ausnehmend gut gefallen.

L.

Nekrolog.

Posen, 30. Januar.

* Handelskammer. Am 1. Februar 1894 tritt zu dem ab 1. November 1893 geltenden Ausnahmetarif für die Förderung von Holzarten, Malz, Getreide, Hülsenfrüchten, Mühlenfabrikaten, Delfuchen, Kleie, gebrauchten, leeren Säcken u. s. w. im ostdeutsch-ungarischen Eisenbahn-Verbande der Nachtrag I in Kraft. Soweit durch den Nachtrag Erhöhungen eintreten, gelten dieselben erst vom 1. März 1895 ab. Der Nachtrag kann auf dem Bureau der Handelskammer, Wilhelmplatz 19, in den Nachmittagsstunden von 4 bis 6 Uhr, eingesehen werden.

Aus der Provinz Posen.

R. Crone a. Br., 29. Jan. [Großes Feuer.] Neben von uns schon gestern telegraphisch gemeldeten großen Brand im Dorfe Klein-Vonsk wird uns heute des Weiteren berichtet: Das Feuer brach gestern Nacht in einer Scheune des Besitzers Buchholz aus und griff so rasch so sich, daß von den sämtlichen Gebäuden, Wohnhaus sowohl wie Stallungen nichts zu retten war. Auch das ganze Mobiliar, sowie verschiedene Wirtschaftsutensilien wurden vernichtet. Außerdem verbrannten noch drei Pferde, sobald der Schaden hier sehr bedeutend ist. Das Feuer dehnte sich aber noch auf das Nachbargrundstück des Schulzen Moczinski aus und richtete hier noch größeren Schaden an. Nicht nur, daß das Wohngebäude und die Stallungen hier zerstört wurden, fielen auch die Viehbestände des Herrn M. den Flammen zum Opfer; über dreißig Schafe, Schweine und Kündvieh kamen in den Flammen um; von dem Mobiliar konnte ebenfalls nichts gerettet werden, und auch der Bestand an Getreide verbrannte. Herr Moczinski ist, wie wir erfahren, garnicht verzerrt, während Herr Buchholz für Versicherung wenigstens in geringem Maße gesorgt hatte. Neben die Entstehungsursache dieses Brandes ist nichts bekannt geworden, auch die Ermittelungen nach dem Urheber der Betriebe sind, dem Vernehmen nach, resultlos verlaufen.

Aus den Nachbargebieten der Provinz.

* Thorn, 28. Jan. [Ein unliebsamer Vorgang] hat sich gestern Abend gelegentlich der Geburtstagsfeier des Kaisers in einem hiesigen Gartenabstissment abgespielt. In demselben befinden sich zwei Tanzäle. Jeder derselben war, wie man der "Danz. Btg." schreibt, an Truppentheile verschiedener Waffengattungen (Pioniere und eine Kompanie des 21. Inf.-Reg.) ermittelt; als die Köpfe herfielen, kam es zu Reibereien, die in eine Schlägerei ausarteten. Mehrere schwere Verwundungen sind vorgekommen; die Verwundeten mußten in ein Lazarett aufgenommen werden. Nach der "Thorn. Btg." soll ein Pionier so schwer verletzt sein, daß er bereits seinen Wunden erlegen ist. Nur mit Mühe gelang es den Vorgesetzten, die Streitenden zu trennen.

Vermissenes.

* Aus der Reichshauptstadt, 29. Jan. Von einem Erlöschen der Influenza in Berlin kann vorerst noch nicht die Rede sein. In der dritten Januarwoche sind an der Grippe ca. 20 Personen gestorben; gegen 13 in der zweiten und 9 in der ersten Woche.

Für die Berliner Gewerbeausstellung 1896 haben sich bis jetzt, wie am Donnerstag in einer Sitzung des Gesamtvorstandes mitgetheilt werden konnte, 3647 Aussteller emeldet, mehr als die doppelte Zahl derer, die vor fünfzehn

Jahren der damaligen Berliner Gewerbeausstellung stolzes Gelingen brachten.

Der bekannte Einbrecher Adolf Krüger hat, wie jetzt ermittelt ist, einem Schlosser Bruno Eduard Enrich, der am 4. Juni 1862 in Hirschberg geboren ist, eine Altersver sicherungskarte, ein Krankenhausbuch und ein Arbeitszeugnis, am 13. Oktober vorigen Jahres abgeschwindet, und sich danach Befestigungen auf den Techniker Bruno Enrich, Magdeburg-Südenburg machen lassen, auch mit einer Frauensperson unter diesem Namen als deren Ehemann in verschiedenen Städten gewohnt, wo er Einbrüche verübt hat. Bei einem Einbruch hat er auch Papiere auf Dr. Deleman erbeutet, die er gleichfalls als Ausweis benutzt hat.

* Professor August Hirsch †. Am Sonntag Abend verschied in Berlin nach längerem Leiden der Geheimen Medizinalrat Prof. August Hirsch, der Begründer der medizinisch-geographischen Pathologie, hochverdient als Seuchenforscher und als Historiker der Medizin. 1817 zu Danzig geboren, promovirt Hirsch 1843 zu Berlin, war zuerst Arzt in Elbing, sodann in Danzig; zuletzt Medizinalrat dort, wurde er 1863 als ordentlicher Professor für spezielle Pathologie und Therapie an die Berliner Universität berufen. Hier übernahm er zugleich noch den Unterricht in der Geschichte der Heilkunde. In weiteren Kreisen bekannt wurde Hirsch dadurch, daß er mehrfach im Auftrage der Regierung zum Studium von Seuchen entsandt wurde. Er bereiste 1865 Westpreußen zum Studium der Cholera, 1873 Westpreußen und Posen, wo damals die Cholera herrschte, und 1879 die Pestgebiete von Astrachan.

Telegraphische Nachrichten.

Iwanow Kerkerstrafe bis zu zehn Jahren, gegen Luka Iwanow Todesstrafe und fügte hinzu, der Gerichtshof möge die Angeklagten der Gnade des Prinzen empfehlen.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der "Pol. Blg."

Berlin, 30. Januar, Morgens.

Die "Nord. Allg. Blg." weist gegenüber den Aussführungen der "Kons. Korresp." darauf hin, daß die konservative Fraktion in Folge der Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffeltarife, sowie durch andere Zugeständnisse ihre ablehnende Haltung gegenüber dem russischen Handelsvertrage aufgeben könne.

Die "N. A. Blg." betont, daß mit dem Vorschlag, den Identitätsnachweis aufzuheben, die Regierung nicht bezweden könne, agrarische Stimmen für den russischen Handelsvertrag zu erhalten, sondern der deutschen Landwirtschaft einen Dienst zu erwiesen. Lange vor dem Jahre 1892 seien die Entwürfe wegen Beseitigung des Identitätsnachweises bereits erwogen worden. Solange der Differentialzoll bestehen, seien die Maßregeln unausführbar, sollten aber die Unterscheidungszölle gegen Russland wegfallen, so werde es vor allem darauf ankommen, daß die Maßregeln so einzurichten seien, daß sie dem Osten Vortheile bringe, ohne dem Westen zu schaden. Da hier von Stimmeneinfang kaum die Rede sein könne, lasse sich aus dem Artikel der "Konservativen Korresp." kaum etwas anderes erkennen, als ein ungünstiger Versuch, die konservative Partei von der ruhigen, sachlichen Prüfung eines event. Handelsvertrages mit Russland hinzuhalten und sie im Voraus auf den Standpunkt festzuhalten, den die "Kreuzzettung" jenseits einer unüberbrückbaren Kluft bewahre.

Die Morgenblätter schreiben: Eine gestern von etwa 2000 Personen besuchte anarchistiche Versammlung am Friederichshain debattirte in sehr erregter Weise über die Thätigkeit der politischen Polizei, so daß letztere die Versammlung auflösen mußte. Der Schlosser Pawlowic wurde verhaftet.

Gestern wurde ein Vertrag zwischen dem Schiller-Theater-Komitee und den Wallnerschen Erben abgeschlossen, wonach das Wallner-Theater vom diesjährigen Dezember ab vorläufig auf drei Jahre hinaus für das Schiller-Theater gemietet wurde.

Eine große Anzahl russischer Einläufer bestellte in den letzten Tagen in Berliner Geschäften große Aufträge, die jedoch dem "Confectionair" aufgrund nur perfekt werden können, wenn die Herabsetzung der Zölle während des bestimmten Zeitraumes stattfindet.

Der Arbeiterverein Frankenstein (Bayern) erschob aus Elfersucht den Arbeiter-Schach.

Aus Reichenberg i. Böhmen wird gemeldet: Aufsehen erregt im benachbarten Warnsthal die Auffindung zahlreicher anarchistischer Flugschriften, die in alle Häuser gebracht werden.

Bei seinem Verhör erklärte der bei der Mordthat in der Humbert-Kaserne zu Pisa verhaftete Soldat Magri, man habe ihn töten wollen, deshalb habe er die Andern umgebracht. Bei seiner Verhaftung hatte er dasselbe gesagt; er scheint an Verfolgungswahn zu leiden.

Die Besserung im Zustand des Baran schreitet fort, Temperatur 38,2. Der Husten hat aufgehört, Stimmung bedeutend besser. Abends 9 Uhr betrug die Temperatur 38,1. Der Puls war gut.

Im Prozeß Iwanow in Sofia begannen am Montag Nachmittag die Plaidoyers der Vertheidiger; dieselben hoben hervor, es handele sich nicht um ein Attentat, sondern nur um Vorbereitungen zu einem solchen. Die vom Staatsanwalt angeführten Artikel lassen sich deshalb nicht anwenden. Luca Iwanow bittet, den von ihm versuchten Bruder freizusprechen, und ihn selbst der Gnade des Prinzen zu empfehlen.

Wetterberichte.

** Leipzig, 29. Jan. [Wetterbericht.] Kammerzug-Terminhandel. La Plata. Grundmuster B. per Januar — M., per Februar 3,35 M., v. März 3,37%, M., per April 3,40 M., per Mai 3,42%, M., v. Juni 3,47%, M., per Juli 3,47%, M., v. August 3,52%, M., v. Sept. 3,55 M., pr. Ott. 3,55 M., v. Nov. 3,57% M., pr. Dez. 3,60 Mark.

Wetterologische Beobachtungen zu Posen im Januar 1894.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. Stunde 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. Gef. Gef.
29. Nachm. 2	755,7	WSW	mäßig	bedeut
29. Abends 9	758,3	SÖL	Zug	besser
20. Morgs. 7	759,4	SSO	leicht	heiter

*) Heute
Am 29. Jan. Wärme-Maximum + 3,8° Gef.
Am 29. = Wärme-Minimum - 0,5°

Fonds- und Produktions-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* Berlin, 29. Jan. [Zur Börse.] Der Börsenverkehr stand heute unter dem Eindruck der überraschenden Nachricht von der Zahlungseinstellung von Salomon Maas. Einen ähnlichen, jedoch nicht so weit reichenden Einfluß übte die Meldung von der Erkrankung des Kaisers von Russland aus. Dieser Einfluß machte sich auf den verschiedensten Gebieten in verschiedener Richtung geltend, wodurch der Verkehr den Charakter der Unregelmäßigkeit erhielt. In Wien schien man aber von allen diesen Vorgängen keine rechte Notiz genommen zu haben, da von dort aus heute der Bericht gemacht wurde, durch Kaufe von Kreditaktien zu investieren. Man hatte sich in Wien die Hoffnung gemacht, daß von den vielen Milliarden der französischen Konversion einige hundert Millionen für die österreichisch-ungarischen Renten als Broden abfallen würden. Wir haben zu verschiedenen Malen sofort diese Ansicht als illusorisch bezeichnet, weil wir die Überzeugung hatten, daß die französische Konversion vollständig gelingen und nur ein kaum nennenswerter Betrag zur Rückzahlung gelangen werde. Unsere Vorauszeitung ist eingetroffen, da nur ein Betrag von 40 000 Gulden Rente nicht konvertiert worden ist. Auf dem Montanaktienmarkt fanden Afaas Zwangsverkäufe von Bochumer und Dortmund statt. Nach Beendigung derselben trat Befestigung ein, zumal als Rohlenerwerbe auf Strickergerüste angesetzt. Der Geldmarkt bleibt flüssig. Die Seehandlung bietet größere

Swanow Kerkerstrafe bis zu zehn Jahren, gegen Luka Iwanow Todesstrafe und fügte hinzu, der Gerichtshof möge die Angeklagten der Gnade des Prinzen empfehlen.

Beträge aus. Die Ultimoregulierung ist beendet und scheint bis jetzt sich glatt zu vollziehen. (N. 8.)

Breslau, 29. Jan. (Schlußkurse.) Matt.

Neue Kr. 112, Heidkäsele 86,10, 21/2, proz. L.-Pfandbr. £8,25, Konsol. Fürst 22,85, Fürst. Note 94,10, 4proz. una. Goldrente 26,50, Bresl. Diskontobank 25,75 Breslauer Wechslerbank 94,00, Kreditattien 218,75, Schles. Bankverein 111,25, Donnersmardhütte 91,50, Flöther Maschinenbau —, Kattwitzer Altten-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 126,00, Oberschles. Eisenbahn 59,25, Oberösterreich. Westland-Zement 89,50, Schles. Zement 139,00, Oppeln. Zement 106,00, Kramka 128,60, Schles. Zinkatien —, Laurahütte 114,65, Verein. Delfsbr. 84,00, Cefterreich. Banknoten 163,05, Russ. Banknoten 221,50, Siele. Zement 90,50, 4proz. Ungarische Kronenalthe 91,25, Breslauer elektrische Straßenbahn 121,50

London, 29. Jan. (Schlußkurse.) Ruhig.

Engl. 21/2, proz. Consols 98,10, Preußische 4proz. Consols —, Italien. 4proz. Rente 74, Lombarden 95/2, 4proz. 1889 Italien. (II. Serie) 110, Lomb. Türken 22,5, österr. Silber. —, österr. Goldrente —, 4proz. ungar. Goldrente 94, 4proz. Spanier 63, 31/2, proz. Egypter 98,10, 4proz. unif. Egypter 101,50, 41/2, proz. Tribut-Anl. 101,50, 4proz. Mexikare 65,10, 4proz. Monat 14, Canada Pacific 74, De Beers neue 14,10, Rio Tinto 14,10, 4proz. Stapees 61,10, 4proz. fund. arg. A. 68,10, 4proz. arg. Goldalthe 63,10, 41/2, proz. aust. do. 40, 4proz. Reichsalthe —, Griech. 81er Althe 31,10, do. 87er Monopol-Althe 24,10, 4proz. Griechen 1889er 26, Br. 89er Anl. 58, Platzdistinkt 2 Süder 30,10.

Paris, 29. Jan. (Schlußkurse.) Matt.

4proz. am ornit. Rente 97,10, 4proz. Rente 96,02,10, Italien. 4proz. Rente 74,40, 4proz. ungar. Goldrente 94,81, III. Orient-Althe 69,15, 4proz. Italien. 99,0, 4proz. unif. Egypter 102,75, 4proz. Italien. 63, lomb. Türken 23,15 Türkei 200, 101,60 4proz. Türkei. Prioritäts-Obligationen 1890 471,25, Franzosen 63,50, Lombarden 242,50, Banque Ottomane 602,10, Banque de Paris 622,00, Banq. d'Escompte 36,00, Rio Tinto 2, 362,50 Suezkanal-A. 2697,00, Cred. Lyon 766,00, B. de Francs 4102,00, Tab. Ottom. 411,00, Wechsel a. d. Br. 122,10, Londoner Wechsel. I. 25,16, Chéq. a. London 25,18, Wechsel Amsterdam I. 206,82, do. Wien II. 198,50, do. Madrid I. 407,00 Vierbional-A. —, Wechsel. a. Italien 12,10, Robinson-A. 116,87, Portugiesen 19,81, Portugal. Tabaks-Obligat. 236,00, 4proz. Italien. 83,50, Privatskl. 26,10.

Frankfurt a. M., 29. Jan. (Effekten-Sozietät.) (Schluß.)

Österreich. Reduktien 289,10, Franzosen 258,10, Lombarden 89,10, Ungar. Goldrente —, Gotthardbahn 149,30 Distrikto-Konkurrenz 173,50 Dresdner Bank 132,00, Berliner Handelsgegenstalt 128,80, Hochheimer Gußstahl 123,80, Dortmunder Union. St.-Br. 53,50 Gelsenkirchen 142,80, Harpener Bergwerke 135,30 Hibernia 116,00, Laurahütte 114,80, 4proz. Portugiesen 20,40 Italienische Mittelmeerbahn —, Schweizer Centralbahn 113,60, Schweizer Nordostbahn 103,30, Schweizer Union 75,50, Italienische Meridionaux 104,80, Schweizer Simplonbahn 54,20, Nordde. Lloyd —, Mexikaner 64,80 Italiener 75,10. Ruhig.

Hamburg, 29. Jan. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditattien 289,75, Lombarden —, Distrikto-Kommandit 173,50, Russische Noten 219,75, Nordde. Bank —, Italien. 75,20, Deutsche Bank —, Laurahütte 114,50, Wechsel —, Dresdner Bank —, Abgeschwäch.

Petersburg, 29. Jan. Wechsel aus London 92,80, Wechsel auf Berlin 45,52,10, Wechsel auf Amsterdam —, Wechsel aus Paris 36,75, Russ. 11. Orientanthe 101,10, do. III. Orientanthe 112,10, do. Bank für auswärt. Handel 339,10, Petersburger Distrikto-Bank 470,10, Warschauer Distrikto-Bank —, Petersb. Internat. Bank 490, Russ. 41,10, Probenkreditpfandbriefe 152, Gr. Russ. Eisenbahnen 271, Russ. Südwestbahn-Alten 113.

Bremen, 29. Jan. (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumsbörse.) Fest. Loto 4,90 Br.

Baumwolle. Fester. Upland middl. loto 40,10 Pf., Upland, Basis middl. nichts unter low middl. auf Terrainslieferung, der Jan. 46 Pf., r. Febr. 40 Pf., v. März 40,10 Pf., v. April 40,10 Pf., v. Mai 41 Pf., v. Juni 41,10 Pf.

Schmalz. Ruhig. Loto Wilcox 43 Pf., Armour Shell 42,10 Pf., Cuban 44 Pf., Rohe u. Brothe (pure) — Pf., Farbants 36 Pf.

Wolle. Umsatz: 198 Ballen.

Sped. Ruhig. Short clear middl. loco 38, Januar-Febr.

Abladung 38.

Tabak. Umsatz: 20 Fach Kentucky.

Hamburg, 29. Jan. Budemarli. (Schlußbericht.) Hünenhützer I. Produkt Basis 88 Pf. Rendement neue Wance, frei an Bord Hamburg vor Jan. 12,75, v. März 12,80, per Mai 12,92,10, per Sept. 12,87,10. Fest.

Hamburg, 29. Jan. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average

*-autos vor Jan. 83, vor März 82,10, per Mai 81, per Sept. 77,10. Behauptet.

Paris, 29. Jan. (Schluß.) Hützender fest, 88 Proz. loto 34,75, — Weiz. Ruder matt, Nr. 3 per 100 Kilogramm vor Jan. 3,725, v. Febr. 38,25, per März-Juni 38,87,10, per Mai-August 38,5.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Gerreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar 56,00, vor Februar 56,25, vor März-April 56,50, vor März-Juni 56,25. — Spiritus ruhig, vor Jan. 34,75, v. Febr. 35,25, vor März-April 35,75, v. Mai-August 36,50 — Wetter: Schön.

Paris, 29. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht.) Weizen fest vor Januar 21,20, vor Februar 21,50, per März-April 21,70, vor März-Juni 21,70. Roggen ruhig, Jan. 14,50, vor März-Juni 15,0. Mehl fest, vor Januar 44,40, vor Februar 44,70, vor März-April 45,20, vor März-Juni 45,60. Hühn. ruhig, vor Januar